DER PARITÄTISCHE
Bremen

Bremen, 10.04.2025

Synopse des Paritätischen Bremen für den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 9.4.2024

von Birgitt Pfeiffer

Hinweis 1: Die Synopse ist nicht abschließend, daher besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn etwas erklärungsbedürftig ist, bitte im Koalitionsvertrag nachlesen

Hinweis 2: Die kommende Koalition weist in eigenen Kommentierungen darauf hin, dass die meisten Vorhaben im Koalitionsvertrag unter Finanzierungvorbehalt stehen. Deutlich wird das auch im Wording des Vertrages: Rund 220 Mal sind Vorhaben mit dem Wort "wollen" verbunden, fast 150 Mal werden Vorhaben mit dem Wort "prüfen" kontextualisiert.

Hinweis 3: Etliche Vorhaben werden im Folgesatz konkretisiert, eingeschränkt, erklärt usw.. Insofern empfehlen wir die Bewertungen des Paritätischen Gesamtverbandes zur genaueren Einschätzung.

Arbeit und Soziales

Soziales, Grundsicherung

- Kommission zu einer Sozialstaatsreform mit Ländern und Kommunen: Auftrag Modernisierung und Entbürokratisierung im Sinne von Bürgern und Verwaltungen, Ergebnisse im 4. Quartal 2025
- Teilhabebetrag des Bildungs- und Teilhabepakets von 15 Euro auf 20 Euro (wann?)
- Kinderkarte für alle kindergeldberechtigten Kinder prüfen
- Armuts- und Reichtumsbericht noch in 2025
- Bürgergeld zu neuer Grundsicherung für Arbeitssuchende umformen
- Sanktionen schneller, einfacher, unbürokratischer umsetzen, Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen berücksichtigen
- Vollständiger Leistungsentzug bei Menschen, die arbeiten können und wiederholt zumutbare Arbeit ablehnen
- Abschaffung Karenzzeit für Vermögen
- Kopplung Schonvermögen an Lebensleistung
- Anpassungsmechanismus der Regelsätze auf Vor-Corona Zeit zurücksetzen

Arbeit

- Ausreichend Mittel für die Jobcenter für die Eingliederung Arbeitsloser
- Arbeitslose müssen sich aktiv um Beschäftigung kümmern
- Vermittlungsvorrang wieder eingeführt
- Passiv-Aktiv-Transfer gesetzlich verankern und ausweiten
- Fokus Bundesagentur für Arbeit (BA) und Jobcenter auf Vermittlung in allg. Arbeitsmarkt, alle Instrumente und Strukturen auf Wirksamkeit prüfen

- Frühe Berufsorientierung in Schulen in Kooperation mit beruflichen Schulen und BA stärken, Jugendberufsagentur stärken
- Mindestlohn mit Mindestlohnkommission in 2026 auf 15 Euro bringen
- Bundestariftreuegesetz auf den Weg bringen
- Zuschläge für Mehrarbeit werden steuerfrei gestellt

Rente

- Rentenniveau auf 48% bis 2031 absichern, halten an Nachhaltigkeitsfaktor fest
- Rentenkommission soll bis Mitte der Legislatur neue Kerngröße für Gesamtversorgungsniveau prüfen
- Frühstart-Rente: ab 2026 pro Kind zwischen 6 und 18 Jahren 10,- pro Monat in Altersvorsorgedepot einzahlen (macht in 12 Jahren 1.440,-)
- Anreize für freiwilliges und längeres Arbeiten schaffen, steuerfrei bis 2000,- Verdienst, Aufhebung Vorbeschäftigungsverbot, Prüfung Hinzuverdienstmöglichkeit für Rentner in Grundsicherung
- Betriebliches Eingliederungsmanagement mit Blick auf psych. Erkrankungen bekannter machen
- Feststellung der Erwerbsfähigkeit stärken
- 3 Rentenpunkte für Mütterrente

Inklusion

- BGG: alle öffentlich zugänglichen Bauten bis 2035 barrierefrei zugänglich
- Bundeskompetenzzentrum Leichte Sprache und Gebärdensprache
- Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) stärken und mit Einrichtungen der beruflichen Reha und Vermittlungstätigkeit der BA besser vernetzen
- Durchlässigkeit zw. beruflicher Reha, Werkstätten, Inklusionsbetrieben und allg. Arbeitsmarkt verbessern
- Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen (WfbM) erhalten und reformieren: mehr Wechsel auf allg. Arbeitsmarkt, Berufsbildungsbereich auf Arbeitsmarkt ausrichten, Budget für Arbeit attraktivieren, Werkstattentgelt verbessern
- Gewaltschutz in der Behindertenhilfe stärken
- Änderungsbedarfe BTHG identifizieren, Pauschalierungen prüfen
- Verhältnis Eingliederungshilfe zu Pflege klären, Versorgungslücken schließen
- Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTBs) weiter entwickeln und Finanzierung sichern.

Bauen, Wohnen, Verkehr und Infrastruktur

Wohnen

- Wohnen für alle Menschen bezahlbar, verfügbar und umweltverträglich gestalten
- Sozialer Wohnungsbau wird als wesentlicher Bestandteil der Wohnraumversorgung ausgebaut
- Gesetzentwurf für Wohnungsbauturbo in den ersten 100 Tagen
- Bestimmung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt um fünf Jahre verlängern (Mietpreisbremse)
- Vorkaufsrecht für Kommunen in Milieuschutzgebieten und bei Schrottimmobilien stärken

- In Milieuschutzgebieten werden Vorhaben zur Herstellung von Barrierearmut und energetischer Sanierung sozialverträglich ermöglicht.
- Förderprogramm der KfW zu zwei zentralen Programmen zusammenführen und vereinfachen: Anreize für einfaches, klimafreundliches und kostenreduziertes Bauen
- Kommunale Wohnungsbaugesellschaften durch eigenkapitalentlastende Maßnahmen unterstützen
- Heizungsgesetz abschaffen, neues Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) wird technologieoffener, flexibler, einfacher. Erreichbare CO_2-Reduktion soll zur zentralen Steuerungsgröße werden, Quartiersansatz stärken, Sanierungs- und Heizungsförderung fortsetzen, Kosten für energetische Sanierung ererbter Immobilien werden künftig von der Steuer absetzbar; Verzahnung von GEG und kommunaler Wärmeplanung wird vereinfacht
- Wohnungsbau soll aus Beihilfevorschriften der EU herausgenommen werden, genossenschaftliches Wohnen weiter gefördert, Wohngemeinnützigkeit mit Investitionskostenzuschüssen ergänzen
- Wohngeld wird mit den Ländern vereinfacht
- Mietpreisbremse wird für vier Jahre verlängert
- Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit wird umgesetzt
- Finanzvolumen der Städtebauförderung wird schrittweise verdoppelt

Mobilität

- Modernisierungspakt zur Stärkung des ÖPNV: Finanzierung auf neue gesetzliche Grundlage stellen
- Deutschlandticket wird über 2025 hinaus fortgesetzt,
  Anteil der Nutzerfinanzierung ab 2029 schrittweise erhöht

Klima und Energie

- Unternehmen und Verbraucher um mindestens 5 Cent pro kWh entlasten: Stromsteuer für alle auf europäisches Mindestmaß senken, Umlagen und Netzentgelte reduzieren, letztere dauerhaft deckeln
- Gasspeicherumlage für alle abschaffen

Verbraucherinnen und Verbraucher

- Stärken in Absprache mit Ländern den vorsorgenden Verbraucherschutz und eine kostenlose Schuldnerberatung, die niemanden ausschließt

Haushalt, Finanzen und Steuern

- Einkommenssteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte der Legislatur senken.
- Schere zwischen Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge und dem Kindergeld schrittweise verringern, mit gesetzlicher Regelung sicherstellen, dass bei Erhöhung des Kinderfreibetrags auch eine adäquate Anhebung des Kindergelds erfolgt
- Finanzielle Situation Alleinerziehender durch Anhebung oder Weiterentwicklung des Alleinerziehenden-Entlastungsbeitrags verbessern
- Pendlerpauschale ab 2026 auf 38 Cent erhöhen
- Übungsleiterpauschale auf 3.300 und Ehrenamts-Pauschale auf 960 Euro anheben
- Freigrenze für WGB in gemeinnützigen Vereinen auf 50.000 Euro erhöhen
- Katalog der gemeinnützigen Zwecke wird modernisiert

- Gemeinnützigkeitsrecht wird vereinfacht: Gemeinnützige Organisationen mit Einnahmen von 100.000 Euro werden vom Gebot der zeitnahen Mittelverwendung ausgenommen, erzielen gemeinnützige Körperschaften aus wirtschaftlichen Tätigkeiten weniger als 50.000 Euro Einnahmen im Jahr muss keine Sphärenaufteilung mehr erfolgen, egal ob die Einnahmen aus Zweckbetrieb oder WGB erfolgen

Bürokratierückbau, Staatsmodernisierung und moderne Justiz

- Ehrenamt entbürokratisieren: Bürokratierückbaugesetz für Vereine und ehrenamtliches Engagement auf den Weg bringen: Gemeinnützigkeitsprüfung für kleine Vereine werden vereinfacht, Sachspenden sollen möglichst weitgehend von der Mehrwertsteuer befreit werden.
- Schaffen Zukunftspakt Ehrenamt: s.o. plus Vereinfachung Datenschutz-, Gemeinnützigkeits-, Vereins- und Zuwendungsrecht und verbessern das Haftungsprivileg
- Alle vorhandenen Spielräume der DSGVO nutzen: auf europäischer Ebene erreichen, nicht-kommerzielle Tätigkeiten in z.B. Vereinen vom Anwendungsbereich der DSGVO ausnehmen zu können
- Verwaltungsmodernisierung für Sozialleistungen – Kommission einsetzen, die Vereinfachungsvorschläge machen soll – siehe oben

Bildung, Forschung und Innovation

- Start-Chancen-Programm bürokratiearm weiterentwickeln, auf weitere Schulen ausweiten, Transfer der Erfahrungen für gesamtes Schulsystem nutzen
- Investitionsprogramm, um bei Sanierung und Substanzerhaltung von Schulung und Schaffung neuer Kapazitäten zu unterstützen
- Für junge Menschen ohne berufliche Perspektive eine Pflicht prüfen, sich bei der Berufsberatung zu melden
- Aufstiegs-Bafög attraktiver und unbürokratischer machen, Einstieg in Gebührenfreiheit der Aufstiegsfortbildung, Unterstützungsinstrumente für Teilzeitmaßnahmen schrittweise einführen, zweite Aufstiegsfortbildung zunächst für Mangelberufe förderfähig machen
- Stärken modulare, abschlussorientierte Weiterbildungen
- Bafög in großer Novelle modernisieren, Wohnkostenpauschale ab WS 26/27 einmalig auf 440 im Monat erhöhen, Grundbedarf Studierende dauerhaft an Grundsicherungsniveau anpassen in zwei Schritten, Grundbedarf für Schüler*innen in gleichem prozentualem Umfang erhöht.

Sicheres Zusammenleben, Migration und Integration

Recht

- Betreuervergütungsgesetz zeitnah evaluieren und Reform der Vergütungsstruktur verabschieden
- Ergebnisoffene Evaluierung des Gesetzes zur Legalisierung von Cannabis im Herbst 2025
- Strafrechtlichen Schutz von Einsatz- und Rettungskräften, Polizisten und Angehörigen der Gesundheitsberufe verschärfen und erweiterten Schutz für Kommunalpolitiker und Allgemeinwohl Tätige prüfen

Migration/Integration

- Beendigung der freiwilligen Bundesaufnahmeprogramme
- Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird befristet für zwei Jahre ausgesetzt (Härtefälle bleiben unberührt)
- Zurückweisungen an Grenzen in Abstimmung mit europäischen Nachbarn auch bei Asylgesuchen vornehmen
- Liste sicherer Herkunftsstaaten erweitern und Möglichkeiten der GEAS-Reform ausschöpfen
- Aufenthaltsbeendigung bei nicht unerheblicher Straffälligkeit oder gewalttätiger Stellvertreterkonflikte, bei schweren Straftaten führen Verurteilungen zu einer Freiheitsstrafe zu Regelausweisungen
- Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) wird fortgeführt und auskömmlich finanziert
- Verpflichtende Integrationsvereinbarung soll künftig Rechte und Pflichten definieren
- befristete Aufenthaltstitel für geduldete Ausländer schaffen. Bedingungen: ausreichende Deutschkenntnisse, bestehendes sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis seit 12 Monaten, das überwiegend den Lebensunterhalt sichert, geklärte Identität, nicht straffällig geworden, zum 31.12.24 seit mindestens vier Jahren ununterbrochen in Deutschland gewesen
- deutliche Beschleunigung von Asylverfahren
- behördenunabhängige Asylverfahrensberatung wird ergebnisoffen evaluiert
- Turboeinbürgerung nach drei Jahren wird abgeschafft
- Flüchtlinge nach Massenzustrom-Richtlinie, die nach dem 1.4. wieder eingereist sind, sollen wieder Leistungen nach AsylBlG erhalten

Starker Zusammenhalt, standfeste Demokratie

Familien, Frauen, Jugend, Senioren, Demokratie

- Einführung einer verpflichtenden Teilnahme aller Vierjährigen an einer Diagnostik des Sprach- und Entwicklungsstandes: Länder müssen geeignete, verpflichtende Fördermaßnahmen und -konzepte vorlegen – dafür wird ein Qualitätsentwicklungsgesetz (QEG) eingeführt, löst Kita-Qualitätsgesetz ab
- QEG: zusätzliche Förderung von Sprach-Kitas und Integration Start-Chancen-Kitas
- Duale Ausbildung für Erzieherberufe unter Beibehaltung des anerkannten Qualifikationsrahmens einführen
- Investitionen in Neubau, Ausbau, Sanierung und Modernisierung von Kitas um frühkindliche Bildung zu ermöglichen
- Halten am Ausbauziel Ganztagsbetreuung in Grundschule fest, bei Umsetzung werden Kommunen mehr Gestaltungsspielräume eröffnet; Angebote der anerkannten freien Träger der Jugendarbeit sollen zur Erfüllung des Rechtsanspruches herangezogen werden können
- Einkommensgrenze und Mindest- wie Höchstbetrag beim Elterngeld spürbar anheben, Einführung von Elterngeld für Pflegeeltern
- Kinder mit Anspruch auf BuT sollen kostenloses Mittagessen in Schule und Kita erhalten
- Vereinfachung und Weiterentwicklung des Kinderzuschlags.
- Teilhabe-App für den unbürokratischen Zugang zu schulischen, Sport-, Musik-, Kultur- und sonstigen Freizeitangeboten

- Übergreifendes digitales Portal für alle Familienleistungen
- Säumige Unterhaltsschuldner durch härtere Strafen sanktionieren (z.B. Führerscheinentzug)
- Einsatz einer Expertenkommission, um eine Strategie „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ zu erarbeiten
- Bundesförderung für Childhood-Häuser, um regionale, interdisziplinäre und ambulante Anlaufstellen für Kinder- und Jugendliche zu schaffen, die körperliche Gewalt oder sexuellen Missbrauch erfahren haben
- Kinder- und Jugendplan des Bundes weiterentwickeln, in einem ersten Schritt um 10 Prozent besser ausstatten, dann die Finanzierung dynamisieren
- Entwicklung einer Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“
- Zeitnaher Start eines umfangreichen Beteiligungsprozesses für eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit Ländern und Kommunen
- Einführung eines Mutterschutzes für Selbständige analog zu Mutterschutzfristen für Beschäftigte
- Prüfung einer kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen um weitere zwei Jahre bis zum 24. Lebensjahr
- Abbau digitaler Teilhabebarrieren älterer Menschen durch Unterstützungsprogramm „Digitalpakt Alter“
- Mehrgenerationenhäuser weiter fördern
- Pflegezeitgesetz und Familienpflegegesetz zusammenführen, Kreis der Angehörigen erweitern, prüfen, wie perspektivisch Familienpflegegeld eingeführt werden kann
- Fortsetzung Bundesprogramm „Demokratie leben“
- Rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechterstellen beseitigen
- gegen Homophobie und Transphobie entschieden vorgehen
- Selbstbestimmungsgesetz bis 31.7.26 evaluieren
- Freiwilligendienste stärken: überjährige Finanzierung wird sichergestellt, Strukturen und Plätze werden sukzessive ausgebaut. Implementierung Freiwilligendienst Bevölkerungsschutz; Jugendlichen soll Freiwilligendienst unabhängig von Geldbeutel der Eltern ermöglicht werden. Wohlfahrtsverbände bedarfsgerecht ausstatten
- Psychosoziale Zentren werden weiter unterstützt

Gesundheit und Pflege

- Gesetzliche Krankenversicherung: Steigende Ausgabendynamik stoppen und strukturelle Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen schließen
- Beiträge zur Krankenversicherung langfristig stabilisieren: Kommission mit Experten und Sozialpartner einrichten, bis Frühjahr 2027 Maßnahmen vorschlagen
- Strukturelle langfristige Herausforderungen mit großer Pflegereform angehen: Ziel ist nachhaltige Finanzierung und Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung zu sichern, außerdem Stärkung der ambulanten und häuslichen Pflege
- Bürokratieabbau im Gesundheitswesen: Dokumentationspflichten und Kontrolldichten verringern, Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit von Professionen stärken, Datenschutzvorschriften sowie Berichtspflichten überprüfen

- Zunehmendes Problem der Suchtabhängigkeit auch von neuen synthetischen Drogen wird ernst genommen – geeignete Maßnahmen sollen ergriffen werden in Suchtprävention, - hilfe und Substitutionsmedizin